



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND WOHNUNGSBAU

Maßnahmenkatalog der Partner des Ausbildungsbündnisses zur Bewältigung der Folgen der Corona-Krise für die berufliche Ausbildung in Baden-Württemberg

vorgelegt beim Spitzengespräch zur Ausbildungssituation am 18. Juni 2020

Die Corona-Krise stellt die Wirtschaft und die berufliche Ausbildung in Baden-Württemberg vor große Herausforderungen. Seit Anfang März haben rund 115.000 Betriebe Kurzarbeit angezeigt (Stand: 28. Mai 2020).

Baden-Württemberg war eines der ersten Bundesländer, das mit einem eigenen Soforthilfe-Programm an den Start ging, welches mit dem Hilfsprogramm des Bundes harmonisiert und verzahnt wurde. Damit wurde eine erste wichtige Unterstützung auch für Ausbildungsbetriebe geschaffen, die Auswirkungen der Corona-Krise zu bewältigen.

Jetzt gilt es zum einen kurzfristig wirkende Maßnahmen zu verabreden, um den Ausbildungsmarkt zu stabilisieren. Zum zweiten müssen die Voraussetzungen erhalten bleiben, um dem mittel- und langfristig absehbaren Mangel an beruflich Qualifizierten begegnen zu können.

Die Partner des Ausbildungsbündnisses – Land, Wirtschaft, Gewerkschaften, Bundesagentur für Arbeit und kommunale Landesverbände – sind sich ihrer Verantwortung für die Auszubildenden und die Ausbildungsbetriebe im Land bewusst und haben eine Task Force „Corona und berufliche Ausbildung“ gebildet. Nach Analyse der aktuellen Situation und vorbehaltlich weiterer Entwicklungen des epidemiologischen Geschehens beschließen sie eine Reihe von Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der Corona-Krise für die berufliche Ausbildung.

I. Aktuelle Situation auf dem Ausbildungsmarkt

Trotz der Schwierigkeiten halten die Unternehmen in der Regel an den bisherigen Ausbildungsverhältnissen fest.

Jedoch melden die Industrie- und Handelskammern zum 31. Mai 2020 einen Rückgang der neuen Ausbildungsverträge um rund 4.900 (-20 Prozent) im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt, die Handwerkskammern melden einen Rückgang um rund 1.200 (-16 Prozent). Damit droht zum neuen Ausbildungsjahr 2020/21 ein deutlicher Rückgang bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen im Vergleich zum Vorjahr.

Von der Corona-Krise besonders betroffen sind das Hotel- und Gaststättengewerbe, der Einzelhandel und die Tourismusbranche sowie durch Schließungen und

Auftragsrückgänge einzelne Branchen des Handwerks. Unter Klein- und Kleinstunternehmen dieser Branchen könnten längerfristig – nicht zuletzt auch bedingt durch Insolvenzen und Geschäftsaufgaben – zahlreiche Ausbildungsbetriebe verloren gehen.

Gründe für den Rückgang der neuen Ausbildungsverträge sind neben der Corona-Krise und der damit verbundenen weltweiten Wirtschaftsrezession auch strukturelle Verschiebungen im Rahmen der Transformation der Wirtschaft. Demografisch bedingt wird nur ein leichter Rückgang der Zahl der Schulabgänger prognostiziert.

Insgesamt ist damit zu befürchten, dass mehr Jugendliche als in den Vorjahren nicht den von ihnen angestrebten Ausbildungsplatz erhalten werden.

II. Ziele

- Die Entlassung von Auszubildenden soll möglichst vermieden, ggf. Anschlussperspektiven eröffnet werden.
- Allen Auszubildenden, die zum aktuellen Prüfungsjahrgang zählen, soll noch in diesem Ausbildungsjahr die Möglichkeit der Prüfung eröffnet werden.
- Die Ausbildungsinfrastruktur und das Ausbildungs-Know-How sowohl in den Betrieben als auch in den außer- und überbetrieblichen Ausbildungsstätten soll erhalten bleiben.
- Jugendliche mit Problemen beim Übergang in Ausbildung bzw. ohne Ausbildungsalternative sollen zielgerichtet unterstützt werden. Prioritär sind dabei betriebsnahe Maßnahmen.
- Die Zahl der unversorgten Ausbildungsplatzbewerber soll möglichst klein gehalten werden.
- Den Schülerinnen und Schülern der Berufsschulen soll Präsenzunterricht in größtmöglichem Umfang angeboten werden.

III. Maßnahmen

Die Bündnispartner begrüßen die vom Koalitionsausschuss auf Bundesebene angekündigten Maßnahmen für die berufliche Ausbildung („Ausbildungsprämie“) und werden diese auf mögliche Ergänzungen prüfen. Auf Landesebene vereinbaren die Bündnispartner folgende Maßnahmen:

1. Landesregierung

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

- Im Rahmen von „Azubi transfer“ wurde durch eine Übernahmeprämie ein Anreiz geschaffen, dass bei Insolvenz von Betrieben die Auszubildenden zur Fortführung ihrer Ausbildung einen anderen Betrieb finden.

- Mit „Azubi im Verbund“ wird die Möglichkeit gefördert, dass Auszubildende im Rahmen einer Verbundausbildung temporär ihre Ausbildung in einem anderen Betrieb fortsetzen können, wenn der eigene Betrieb Kurzarbeit angemeldet hat.
- Die Förderung von Lehrgängen der überbetrieblichen Berufsausbildung wurde bedarfsgerecht angepasst (Flexibilisierung der Lehrgangsdauer und des Zeitraums für die Lehrgangsdurchführung).
- Die Förderung der AVdual-Begleitung (Ausbildungsvorbereitung dual) wird bedarfsgerecht angepasst.
- Für marktbenachteiligte Jugendliche, die durch die Bundesagentur für Arbeit nicht gefördert werden können, prüft das Land die Förderung von Plätzen in außerbetrieblicher Ausbildung.

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

- Unterstützungsmaßnahmen wie Schulsozialarbeit, Berufseinstiegsbegleitung, AVdual-Begleitung, Jugendberufshilfe sowie die Berufsberatung werden mit der schrittweisen Öffnung der Schulen wieder bestmöglich in den Schulbetrieb integriert.
- Die fristgerechte Durchführung der gemeinsamen schriftlichen Abschlussprüfungen wird sichergestellt.
- Das vollzeitschulische Angebot wie die Ausbildungsvorbereitung dual (AVdual), das Vorbereitungsjahr Arbeit und Beruf (VAB), die einjährige und die zweijährige Berufsfachschule (1BFS, 2BFS) und das einjährige Berufskolleg (BK1) wird bedarfsgerecht ausgebaut.
- Schülerinnen und Schüler können in Bildungsgängen, in denen Praktika zum Erreichen des Bildungsziels notwendig sind, an Schüler- und Betriebspraktika teilnehmen.

2. *Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit*

- Das Angebot an Einstiegsqualifizierungen (EQ) wird für weitere Zielgruppen geöffnet und verstärkt mit ausbildungsbegleitenden Hilfen kombiniert. Die künftige Erstattung von Fahrkosten erweitert das Angebot.
- Das Angebot einer Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung (BaE) wird in Kooperation mit dem Land bedarfsgerecht ausgebaut und für weitere Zielgruppen geöffnet. Dabei wird insbesondere auf die kooperative Form gesetzt.
- Die Möglichkeiten einer über die Grenzen einzelner Arbeitsagenturen hinausgehenden virtuellen Nachvermittlung werden gemeinsam mit den Partnern insbesondere den Kammern geprüft.

3. *Kammern und Verbände der Wirtschaft*

- Die Kammern stellen eine fristgerechte Durchführung der Abschlussprüfungen sicher. Wenn Zwischenprüfungen pandemiebedingt ausfallen, soll dies der Zulassung zur Abschluss- bzw. Gesellenprüfung nicht entgegenstehen.
- Die Kammern entwickeln gemeinsam mit den Partnern des Ausbildungsbündnisses Modellversuche für einen zweiten zeitversetzten

Ausbildungsstart im Februar 2021 insbesondere für krisenbetroffene Branchen.

- Die Kammern und Verbände der Wirtschaft verstärken nochmals ihr Engagement für die Berufsorientierung und die Stellenvermittlung, um eine bessere Passung zwischen Bewerbern und offenen Stellen v.a. in Mangelberufen herbeizuführen. Nachvermittlungsaktionen kommt hier eine besondere Bedeutung bei.
- Sie unterstützen den bedarfsgerechten Ausbau der EQ durch entsprechende Informations- und Unterstützungsmaßnahmen, z.B. im Rahmen des Berufspraktischen Jahres (BPJ). Gleichzeitig setzen sie sich dafür ein, dass bei allen ausbildungsgerechten Jugendlichen eine Anrechnung der EQ auf die Ausbildungsdauer entsprechend der Möglichkeiten des Berufsbildungsgesetzes erfolgt.
- Sie verstärken ihre Beratungs- und Unterstützungsleistungen vor allem für Kleine und Mittlere Betriebe (KMU), z. B. über Ausbildungshotlines, mit dem Ziel, die Ausbildung 2020 zu sichern.
- Sie unterstützen, wo möglich, Formen und Möglichkeiten der Verbundausbildung.
- Sie unterstützen die Bundesagentur für Arbeit, Auszubildende aus insolventen Unternehmen in Betriebe zu vermitteln, in denen sie die Ausbildung fortsetzen und beenden können. Dazu wurden die Lehrstellenbörsen der Kammern ausgebaut.
- Sie unterstützen den Ausbau und verstärkten Einsatz von digitalen Lernangeboten in der beruflichen Bildung.
- Die Partner des Ausbildungsbündnisses stimmen überein, dass es das Ziel ist, Jugendliche in außerbetrieblicher Ausbildung in hohem Maße im zweiten Ausbildungsjahr in betriebliche Ausbildungsverhältnisse zu überführen. Die Kammern und Verbände unterstützen die Agenturen für Arbeit und Träger bei dieser Aufgabe in den Betrieben.

IV. Dank und Appell

Die Bündnispartner sprechen den Betrieben, die in der jetzigen Situation alles dafür tun, die Ausbildung weiter zu gewährleisten, ihren größten Respekt und Dank aus.

Im Bewusstsein um die für viele Betriebe schwierige Lage im Land, appellieren wir an die Entscheidungsträger in den Unternehmen trotz der Krise in Verantwortung für die jungen Menschen und zur mittelfristigen Sicherung des Fachkräftenachwuchses weiter auszubilden.

An die Jugendlichen und ihre Eltern richten wir die Botschaft, dass sich eine Berufsausbildung unverändert lohnt und einen erstklassigen Grundstein für ein erfolgreiches Leben und Arbeiten bedeutet.

An uns alle geht die Aufforderung, gemeinsam pragmatische Lösungen zu suchen und regulatorische sowie bürokratische Hürden so niedrig wie möglich zu halten.

Dass es gelingt, die Folgen der Corona-Krise für die berufliche Ausbildung zu bewältigen, liegt im Interesse der jungen Menschen, der Betriebe und im Interesse des Landes Baden-Württemberg.

Die Bündnispartner

Staatsministerium Baden-Württemberg

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg

Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit

Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag e.V.

Baden-Württembergischer Handwerkstag e.V.

Arbeitgeber Baden-Württemberg - Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände e.V.

Landesverband der Freien Berufe Baden-Württemberg e.V.

Deutscher Gewerkschaftsbund - Bezirk Baden-Württemberg

Landkreistag Baden-Württemberg e.V.

Städtetag Baden-Württemberg e.V.

Gemeindetag Baden-Württemberg e.V.

Weitere Teilnehmer des Spitzengesprächs:

Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Baden-Württemberg e.V.

Handelsverband Baden-Württemberg e.V.

Verband für Dienstleistung, Groß- und Außenhandel Baden-Württemberg e.V.

Südwestmetall - Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e. V.

IG Metall Baden-Württemberg

ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Landesbezirk Baden-Württemberg